

Die DDR und linkes Denken heute

Friedrich Schorlemmer Nov.08

Wenn ich zurückblicke, dann bin ich zuallererst froh, dass ich diesen Mauerstaat los bin, dass wir alle nicht mehr hinter der Mauer leben, - als eingesperrtes Staatseigentum...

Erstens also will ich **erinnern an das, was gewesen ist** und andere daran erinnern, so redlich wie möglich, wissend, wie subjektiv die Sicht jedes Einzelnen ist.

Zweitens **sehen wir doch, was schon geworden ist**, ohne zu übersehen, was nicht geworden ist oder schiefgelaufen ist.

Drittens **packen wir an, was noch werden muss**, sowohl an Schutt des Vergangenen wie an Herausforderungen des Zukünftigen. Der Kampf um die Deutungshoheit ist längst in vollem Gange und wird nun im Jahre 2009 noch einmal verschärft und vereinseitigt. Es gibt einen irrational nachholenden Antikommunismus, eine Art Totentanz auf dem Leichnam, um bloß nicht wahrnehmen zu müssen, welche Fragen nach dem Ende des Sowjetsystems unbeantwortet liegengeblieben sind.

Wenn Bürger, die die DDR erlebt haben (und auch deren Nachfahren), ein anderes Urteil über diese Zeit, diese Gesellschaft und dieses Leben (auch ganz individuell, fern vom Einfluß der SED-Gerontokratie!) fällen als ein abschreckend-rabenschwarzes, dann wird das in der Öffentlichkeit allzuleicht als Verklärung, als nostalgisch-beschönigende Einfärbung denunziert oder man wird uninformiert genannt, sofern man nicht den festgefügtten V o r -Urteilen des Forschungsverbundes SED-Herrschaft unter Leitung von Klaus Schröder nicht entspricht. Wer dessen Bewertungen nicht folgt, hat angeblich&offensichtlich kein Wissen über die DDR. Das meiste, beste und richtigste e Wissen haben dann eben Schulen in Oberbayern oder im Mädchengymnasium in Aachen. Sie haben die richtigen Urteile. Sie müssen nicht so viel wissen, aber die Urteile teilen, die im Wesentlichen aus Aburteilen bestehen und auf Differenzierungen verzichten.

Dabei bietet die SED-Herrschaft freilich genug Material für Abschreckendes. Sie ist freilich kaum zu verstehen, ohne den Zusammenhang von 1933, 1939 und 1949 mit folgendem Kalten Krieg unter gegenseitiger Abschreckungsdrohung und Eisernem Vorhang mit dem internationalen „Wettkampf der Systeme“ mit einzubeziehen .

Ich warne seit 15 Jahren davor, die DDR in toto zu dämonisieren, weil das genau die Gegenreaktion der Verklärung hervorrufen kann und hervorruft.

Schwarzfärben führt zum Schönfärben. In auffälliger Weise wird im Zusammenhang mit dem Erstarken der "Linken" nicht bloß die poststalinistische DDR in den Fokus der Kritik genommen, sondern *alles*, was links ist.

Das Wort „links“ hat einen fast grundsätzlichen negativen Beigeschmack bekommen. Sogar Leute in der SPD schämen sich dieses Begriffes und wollen ihn nicht mehr benutzen, weil er hoffnungslos kontaminiert sei. Welche der großen Worte unserer Kultur sind inzwischen nicht kontaminiert? - frage ich.

Wenn eine demokratische Partei, die jeweils ein sie qualifizierende Beiwort in ihrem Namen trägt, inzwischen anfängt, wesentlich ihre Meinungsbildung nach dem Politbarometer zu treffen, hat sie sich selbst verloren.

Und speziell die SPD muss wieder die Partei derer sein, die die Verlierer der Gesellschaft sind oder werden können und zugleich eine Partei des ökonomischen Augenmaßes und von anstehenden Reformen, die allen nutzen (ökonomisch wie sozial) und niemandem Angst machen, wohl aber Schief lagen abbauen.

Aber wo steht beispielsweise einer wie Wolfgang Tiefensee? Auf der Seite der Nutzer und der Angewiesenen der Bahn oder auf der Seite künftiger Aktionäre, die bloße Renditeerwartungen treiben und nicht ein weitverzweigtes Schienennetz wollen können. Wohin solche Privatisierung führt, kann man in England und in Neuseeland buchstabieren, noch mehr in den Vereinigten Staaten.

Es ist zudem zu fragen, warum in Verkehrsfragen nicht der Umweltminister ein entscheidendes Wort mitzureden hat.

Eine zentrale Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei wäre, künftig alles dafür zu tun, dass die öffentlichen Güter als öffentliche Güter erhalten bleiben. Das gehört zu einer sozialen Gemeinwesenorientierung im Wohlfahrtsstaat, - der sich freilich davor hütet, in das Leben seiner Bürger so einzugreifen, dass Eigeninitiative abgewürgt oder bürokratische Mißwirtschaft perpetuiert wird. Diese Partei muss die Angst davor, als etatistisch und staatsmisswirtschaftlich beschimpft zu werden, verlieren und klare Regelungen für wirtschaftlich effizientes Agieren auch staatlicher Betriebe und Einrichtungen schaffen, nie vergessend, dass es Bereiche gibt, die keine Rendite abwerfen, und wo sie Rendite abwerfen, nicht mehr ihren eigentlichen Zweck erfüllen. Das betrifft das Sozialwesen, die Krankenhäuser, die Kultur, das Bildungswesen, die Sicherheit, den öffentlichen Verkehr und den langfristigen Naturerhalt, der nicht wegen

kurzfristiger Gewinne oder wegen heutiger Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden darf. Links *und* frei bleiben, global und lokal verantwortlich handeln, in der Gegenwart nützlich und für die Zukunft verträglich produzieren und konsumieren – das gehört zu den bleibenden, handlungsjustierenden Stichworten.

Die Sozialdemokratie darf ihren Gestaltungsversuch nicht aufgeben, nicht vor dem Kapital kapitulieren, sondern es bändigen, Gewinn ermöglichen und ihn in die Ausformung unseres freiheitlichen Sozialstaats einbeziehen. Es muß attraktiv bleiben, (sich) Eigentum zu erarbeiten. Es bedarf gleichzeitig der gesetzlich geregelten Verpflichtung, dass der Gewinn zugleich einem Allgemeinwohl dient. Persönlicher Einsatz (Spendenwesen etc.) des verbliebenen guten Gewinns für das Gemeinwohl sind zusätzlich möglich und wünschenswert.

Es gilt, beständig den Versuch zu unternehmen, die Brücke zu schlagen zwischen Artikel 1 und dem Artikel 20 des Grundgesetzes zu schlagen. Ein linker Gesellschaftsentwurf muß einerseits an einem starken Staat - nicht zuletzt für die Schwachen – festhalten, ohne je den Emanzipationsgedanken aufzugeben. Das heißt Gerechtigkeit für alle, Freiheit für alle, Teilhabe für alle, der Zugang zu den Sozialgütern, zur Bildung und Kultur für jedermann. Das geht nicht ohne Konflikte ab, und zu hohe Erwartungen produzieren stets Enttäuschung. Utopisten wenden sich allzuleicht vom demokratischen Staat ab.

Das kann nicht heißen, Zielvorgaben zu streichen, sowie die Wirklichkeit sich davon entfernt hat. Der kategorische Imperativ von Karl Marx gilt auch für Sozialdemokraten:

„... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Alle! Was aber heißt „umwerfen“? Sozialdemokraten werden an dieser menschenrechtlichen und sozialen Utopie festhalten, aber im Hinterkopf behalten, was davon praktisch wohl Utopie bleibt, gleichwohl handlungsmotivierend und richtungsgebend wirkt, ohne sie je gewaltsam in die Wirklichkeit zu zwingen.